

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/116: 01.11.2008 – 29.06.2009

01.11.2008

BRD: Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Udo Ulfkotte (1960-2017) schreibt am 1. November 2008 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Widerstandslose Aufgabe

Am Sonntag wurde in Duisburg die größte Moschee in Deutschland eingeweiht, nur Tage davor wurde im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg die erste Moschee im Gebiet der neuen Länder eröffnet, kurz zuvor eine weitere in Ingelheim. Regelmäßig gratulieren Politiker und Kirchen bei den oft offiziellen Festveranstaltungen. In Duisburg redete Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, ein katholischer Bischof und ein evangelischer Repräsentant sprachen Grußworte, die Einweihung bildete den Auftakt zu einer ganzen Festwoche.

Der in Ingelheim eingeweihte und von Politikern und Kirchenvertretern ebenfalls euphorisch gefeierte Neubau heißt "Fatih-Sultan-Moschee". Der Name ist wohl nicht zufällig gewählt. Der türkische Sultan Mehmet II. trug den Beinamen "Fatih" ("der Eroberer"). Im Jahre 1453 hat dieser Christenhasser das bis dahin christliche Konstantinopel überrannt, alle Christen zusammentreiben, pfählen und köpfen lassen. Er zerstörte das christliche Byzantinische Reich. Das von ihm angeordnete Blutbad war grauenvoll.

Überall in Europa nennen muslimische Mitbürger heute ihre neu entstehenden Moscheen nach den großen Christenhassern ihrer Geschichte. Viele klatschen, wenn etwa mit immer neuen "Fatih"-Moscheen die Gefühle europäischer Christen mit Füßen getreten werden. Bloß nicht den Islam "beleidigen". Kämen Christen auf die Idee, eine Basilika etwa nach dem Kreuzfahrer Gottfried von Bouillon zu benennen? (Womöglich - eine besonders absurde Vorstellung - eine neu gebaute Kathedrale mitten in einem islamischen Land?)

Wollen wir die Wahrheit nicht wissen? Politiker begrüßen, daß die europäische Hauptstadt Brüssel "multikulturell" ist. 57 Prozent der Neugeborenen sind dort derzeit Muslime. Wie in vielen europäischen Städten ist auch dort Mohammed der häufigste Vorname für männliche Neugeborene. Brüssel wird nach Angaben der Universität von Löwen (Leuven) in etwa 15 Jahren eine mehrheitlich islamische Stadt sein.

Die Entwicklung zieht sich durch ganz Europa. Und überall geben wir unsere Werte auf: In Dänemark zahlt seit diesem Jahr die erste Kirche Schutzgeld an Muslime, um ihre Christen beim Kirchgang vor Übergriffen zu schützen. Wir haben zwar Gesetze in Europa, die eigentlich für alle gelten, dennoch akzeptieren wir inzwischen sogar islamische "Scharia-Gerichte", und schon gestatten wir unter bestimmten Voraussetzungen Muslimen die Polygamie. In Ländern wie Schweden diskutiert man über einen Strafnachlaß für "Ehrenmörder" - alles andere könnte ja den Islam beleidigen.

Ein "Kampf der Kulturen" findet nicht statt - wir geben unsere Werte widerstandslos auf. Unsere Kinder werden uns bittere Fragen stellen. Dann aber dürfte es zu spät sein, die Entwicklung noch aufzuhalten.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 1. November 2008 (x887/...): >>"Wir fühlen mit Ihnen"

Konrad Löw über Judenverfolgung in München

Nein, die Deutschen waren keine ausgemachten Judenhasser. Trotz Judenverfolgung und Holocaust gab es genügend Menschen, die ihre jüdischen Nachbarn mochten, ihnen beistanden oder ihnen gar das Leben retteten.

Der PAZ-Autor Konrad Löw hat es sich zum Ziel gemacht, zumindest die Bewohner seiner Heimatstadt gegen den Vorwurf der Kollektivschuld zu verteidigen. "Die Münchner und ihre jüdischen Mitbürger 1900 bis 1950 im Urteil der NS-Opfer und -Gegner" heißt sein neues Buch, in dem er erklärt, daß München zwar als die Geburtsstadt der NS-Bewegung in die Geschichte eingegangen sei, dies jedoch nicht bedeutete, daß die Bewohner der bayrischen Landeshauptstadt alles unwidersprochen mitgemacht hätten, was von den Nationalsozialisten ausgegangen sei.

Allerdings war der öffentliche Widerspruch eine absolute Seltenheit, es war vielmehr der Alltag, in dem die Menschen ihren jüdischen Nachbarn Mut zusprachen. So berichtet der Jude Hermann Klugmann über Mißbilligung in den Mienen der Zuschauer beim Abriß der Münchner Hauptsynagoge. "Als ich an einem Tage in der Abendstunde von der halb niedergerissenen Synagoge wegging, gesellte sich ein Mann zu mir ... Er sagte zu mir: 'Sie gehören doch auch zu der jüdischen Gemeinde?' Als ich sehr zögernd antwortete, meinte er: 'Haben Sie keine Angst, wir Katholiken fühlen mit Ihnen' und entfernte sich."

Andere berichten, daß sie zwar Repressionen von Seiten der Behörden ausgesetzt gewesen seien, jedoch keinerlei persönliche Verunglimpfung erfahren hätten. Nur widerwillig entschieden sich die meisten von ihnen zur Auswanderung, denn, so ist nun mal die traurige Wirklichkeit, wer bis nach 1941 blieb, weil er seine Nachbarn und Freunde in München nicht verlassen wollte, der überlebte nur selten. Denn selbst die besten deutschen Freunde konnten zumeist den Abtransport in Konzentrationslager nicht verhindern, die meisten Deutschen versuchten es auch gar nicht, zumal sie häufig auch erst im Nachhinein davon erfuhren.

Konrad Löw zitiert viele Zeitzeugen, die belegen, daß es in München Mitmenschlichkeit gab. So mancher Jude kehrte schließlich auch nach 1945 in seine Heimatstadt zurück.

Ein wenig verwirrend ist es manchmal, daß der Autor ziemlich flott hintereinander mehrere teilweise bereits erwähnte Zeitzeugen zitiert, ohne nochmals wenigstens den Vornamen zu nennen. Auf diese Weise ist die Zuordnung der einzelnen Personen manchmal nur durch Zurückblättern auf einige Seiten zuvor möglich. Auch die Kapitel hätten manchmal klarer strukturiert werden können.

Dank an den Autor für seine Arbeit, die anhand vieler Belege zu verdeutlichen vermag, daß es bei der Judenverfolgung keineswegs nur wenige gute und viele böse Deutsche gab. Er zeigt, daß eine reine Schwarzweiß-Malerei bei der Judenverfolgung viel zu oberflächlich ist.

Konrad Löw: "Die Münchner und ihre jüdischen Mitbürger 1900 bis 1950 im Urteil der NS-Opfer und -Gegner", ... München 2008 ...<<

06.12.2008

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein

Deutsch wird in der EU immer noch zurückgesetzt - Bundesregierung verlangt stärkere Präsenz

Es erscheint absurd, aber Deutschland zahlt nun bereits über lange Jahre hinweg riesige Summen in den gemeinsamen europäischen Topf ein, während die Sprache der Deutschen im Brüsseler Europa nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die letzten Wochen haben erneut bewiesen, daß alle Anstrengungen vom Bundestag und den verschiedenen Landtagen, diesem Mißstand entgegenzuwirken, in der Realität nichts oder so gut wie nichts erbracht haben. Der

seit Jahren andauernde Trend einer systematischen Benachteiligung der deutschen Sprache hält weiter an.

Das Geld ihres Hauptnettozahlers Deutschland schluckt die Brüsseler Kasse der Europäischen Union (EU) allerdings gern. Im Jahr 2007 übertrafen die deutschen Einzahlungen mit 7,4 Milliarden Euro die Summen, die an deutsche Empfänger zurückgeflossen sind. So geht es jedenfalls aus den Berechnungen der EU-Kommission in ihrem jüngsten Finanzbericht hervor. In den neunziger Jahren hat Deutschland noch deutlich höhere Beiträge geleistet - und das trotz der erheblichen finanziellen Belastungen, die die Deutschen durch die Überwindung der Sozialismusfolgen bei der Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit in ihrem eigenen Land hatten, und die - unter Freunden - eigentlich ein Moratorium, also eine Pause bei den Zahlungen nach Brüssel verlangt hätten.

Allerdings: Nimmt man zum Beispiel die Jahre von 1995 bis 2003 - wie es der Heidelberger Finanzwissenschaftler Franz-Ulrich Willeke getan hat, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "einen der besten Kenner der europäischen Finanzen" einstuft -, dann hat Deutschland als Nettozahler in diesem Zeitraum 76,7 Milliarden Euro nach Brüssel gezahlt, gefolgt von Großbritannien mit 16 Milliarden Euro, den Niederlanden mit 14,3 Milliarden und Frankreich mit 11,1 Milliarden Euro. Als Nettoempfänger hielten im genannten Zeitraum die Hand auf: Spanien mit 64,5 Milliarden Euro, Griechenland mit 36,2 Milliarden Euro und Portugal mit 24,1 Milliarden Euro.

Willeke machte zugleich deutlich, daß für eine "angemessene Netto-Zahlung" als Indikator nicht die Einwohnerzahlen von 80 oder 40 Millionen, sondern das Pro-Kopf-Einkommen genommen werden müßte.

Dabei zeigt sich, daß für den genannten Zeitraum von 1995 bis 2003 Deutschland weit hinter anderen liegt: zum Beispiel mit 25.616 Euro hinter Frankreich (26.616 Euro), Belgien (26.470 Euro) und Großbritannien 27.179 Euro).

Die Berechnungen Willekes zeigen, daß die tatsächlichen Zahlungen Deutschlands weit über ein angemessenes Maß hinausgehen. Sein Fazit: Die Deutschen wurden in den untersuchten Jahren relativ am stärksten zur Zahlung herangezogen.

Im November haben nun die Bundesregierung und mehrere Bundesländer, ermahnt und gestützt von Bundestag und Landtagen, mit Nachdruck eine Gleichstellung des Deutschen mit den beiden anderen Arbeitssprachen Englisch und Französisch in der Praxis des europäischen Alltags verlangt. Längst wird die deutsche Sprache, die zu den 23 Amtssprachen zählt und formell eine der drei "Arbeitssprachen" ist, bei der Übersetzung wichtiger Arbeitsdokumente schlicht übergangen.

So liegen manche Rechtstexte, die der Bundestag ratifizieren muß, nur auf Englisch oder Französisch vor, wirtschaftlich bedeutsame Ausschreibungen der Brüsseler Behörden sind erst "nach verdächtig langer Zeit" in deutscher Übersetzung vorhanden, Internetseiten der Ratspräsidenschaften ebenfalls.

Die deutsche Sprache, die von über 100 Millionen Menschen der Europäischen Union gesprochen wird, wurde unlängst unter der Überschrift einer "Mehrsprachigkeits-Strategie" mehr oder weniger abgespeist. Zwar wird im Rahmen dieser "Strategie" festgestellt, daß auch die europäischen Gremien die Mehrsprachigkeit für die Beziehungen zwischen Brüssel und "den nationalen Institutionen im Rahmen ihrer Kompetenzen" auszubauen hätten. Das Anliegen des größten Nettozahlers, seine Sprache dem Englischen und Französischen gleichzustellen, wurde hinter dem schwammigen Begriff der "Mehrsprachigkeit" versteckt.

Hatte doch die Große Koalition in Berlin in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten: "Wir werden dafür sorgen, daß die deutsche Sprache in Europa ihrer Bedeutung entsprechend berücksichtigt wird."

Das berechnete deutsche Anliegen auf die Ebene allgemeiner "Mehrsprachigkeit" abzuschie-

ben, wird dem nicht gerecht. Jetzt erst recht sind Bundestagspräsident Lammert, die Bundesregierung und die Europaminister der Landesregierungen, wie die von Nordrhein-Westfalen und Hessen, die sich in dieser Frage engagiert hatten, gefordert, endlich das Ziel anzusteuern, der in Europa am meisten gesprochenen Sprache die ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung zukommende Rolle in der Brüsseler EU zu verschaffen, damit sie diese Aufgabe auch erfüllen kann.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>**Kreuzzug gegen den Islam**

Udo Ulfkotte kritisiert die Blauäugigkeit der Europäer

Dem Mann ist nicht zum Lachen zumute. Diesen Eindruck gewinnt jeder, der Udo Ulfkotte einmal in einer Talkshow oder bei einer Rede erlebt hat. Zu ernst ist sein Thema: die schleichende Islamisierung Europas, vor der der Autor eindringlich warnt. Muslimische Mitbürger haben bereits zur Ermordung von Ulfkotte und seiner Familie aufgerufen, die versteckt in einem Bergdorf leben muß.

Wer die Überschriften in Ulfkottes Buch liest, denkt sofort: Das kann doch nicht wahr sein! Sollte Schweden tatsächlich im Jahr 2040 eine islamische Bevölkerungsmehrheit haben oder in Norwegen der "Halbmond" bald die Mitternachtssonne verdrängen, wie der Autor bildhaft behauptet?

Daß in Frankreichs Vorstädten durch islamische und gewaltbereite Jugendliche eine Zeitbombe tickt, wissen inzwischen alle, die die Krawalle in den Vorstädten des Landes vor nicht langer Zeit verfolgt haben. Oder daß Brüssel demnächst eine islamische Stadt sein wird, weil dort bereits in diesem Jahr 57 Prozent der Neugeborenen dem Islam angehören? Wer heute durch Brüssel spazieren geht, sieht ganze Stadtviertel, die moslemisch geprägt sind.

Wie ein Rufer in der Wüste breitet Ulfkotte seine besorgniserregende Vision aus: Der Islam ist auf dem Vormarsch, das christliche Abendland dem Untergang geweiht. Was durch die Seeschlacht von Lepanto (1571) und durch die siegreichen Kämpfe der Christen (1529/1683) gegen die Osmanen vor Wien verhindert wurde, scheint jetzt Wirklichkeit zu werden.

Sein Wissen hat der Autor aus eigener Erfahrung in islamischen Ländern und durch das Internet gewonnen. Die 400 Buchseiten sind gespickt mit über 800 Anmerkungen und Quellenhinweisen, hauptsächlich aus dem weltweiten Netz. Damit bewegt sich der Autor allerdings auf dünnem Boden. Bekanntlich kann man im Internet für alles und jedes Argumente und Belege finden. Und diese Informationen sind in der Regel äußerst flüchtig und nach einigen Monaten oder Jahren kaum noch nachprüfbar. Das schwächt die Darstellung und den Wahrheitsgehalt des Buches.

Doch damit allein kann man Ulfkottes Kreuzzug gegen den Islam nicht abtun. Der Autor hat selbst als Auslandskorrespondent viele Jahre in islamischen, arabischen und europäischen Ländern verbracht. So konnte er sich ein eigenes Urteil bilden. Daß ein gelernter Kriminologe dabei akribisch vorgeht, dürfte selbstverständlich sein.

Der Stil des Buches ist durchweg von der Betroffenheit des Autors geprägt. Hier schreibt keiner, der Differenzierung und sachliche Abwägungen vorbringen will. Dabei wäre mit einer gründlicheren Recherche, einer ausgewogeneren Bewertung der gewonnenen Informationen dem Anliegen vielleicht besser gedient gewesen. Der Autor erwähnt aber auch, daß die in Schweden aufgenommenen Christen aus dem Irak sich ähnlich integrationsfeindlich wie ihre islamischen Landsleute verhalten.

Dies läßt dem Leser Raum für den Eindruck, daß es sich bei den geschilderten Problemen in schwedischen Vorstädten gar nicht um ein religiöses, sondern vielmehr um ein kulturelles Phänomen handelt. Hier prallen vielleicht, so wie es Samuel P. Huntington in den 90er Jahren voraussagte, Zivilisationen von Schweden und Irakern aufeinander, die einfach nicht zusammenpassen.

Die bei Europäern vom Autor kritisierte allzu große Blauäugigkeit und Toleranz gegenüber dem Islam erhielt durch eine sachlichere Darstellung und die gebotene Differenzierung mehr Bodenhaftung. Dies wäre auch dann hilfreich, wenn wieder einmal die Vertreter der deutschen Islamverbände die dargestellten Fakten von Ehrenmorden, Vergewaltigungen, Todesurteilen gegen Konvertiten, Zwang und Gewalt in den Familien rundheraus in der Öffentlichkeit abstreiten. Der "Untergang des Abendlandes" ist schon oft prophezeit worden, jedoch haben die Warner bisher nicht recht behalten. Auch das könnte eine Frucht der Lektüre dieses aufrüttelnden Buches sein.

Udo Ulfkotte: "SOS Abendland - Die schleichende Islamisierung Europas", ... Rottenburg 2008 ...<<

12.12.2008

Belgien: Der Schengen-Raum wird am 12. Dezember 2008 um die Schweiz erweitert.

2008

BRD: Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtet im Jahre 2008 in seinem Buch "Diktatur Europa? Was darf man in Europa noch sagen?" über die Europäische Union (x861/...): >>**Europa als kommende Diktatur**

Was darf man in Europa noch sagen?

Die Vereinigten Staaten von Europa

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die Vereinigten Staaten von Amerika geben, sondern auch die Vereinigten Staaten von Europa. Zugleich zeichnet sich in Gestalt der Vereinten Nationen (UNO) bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 27 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosphorus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden.

Von den Regierenden und hinter ihnen stehenden Interessengruppen jedoch wird in der überwiegenden Zahl der Staaten der EU-Beitritt propagiert und forciert, so etwa auch in der islamisch dominierten Türkei, deren Beitritt weithin umstritten ist. Der Wille zur Vereinigung ist - zwar gegen den Willen zahlreicher einzelner Bürger, aber gemäß dem Willen der Mächtigen - da und wird sich daher wohl auch vollends durchsetzen.

Dies entspricht auch der biblischen Prophetie, welche die Entstehung eines antichristlichen Einheitsreiches am Ende der Zeiten voraussagt. Die Frage ist nur: Wird dieses Einheitsreich eine regional begrenzte Größe (z.B. Europa) oder ein weltweiter Verband sein? Meine These, die ich in verschiedenen Publikationen ("Europa - das wiedererstehende Römische Reich?", 2005; "Diktatur Europa?", 2008) ausführlich begründet habe, lautet:

Das wiedererstehende Römische Reich besitzt sein maßgebliches religiöses Zentrum in Rom. Es umfaßt aber am Ende die gesamte Welt und Menschheit, denn die Herrschaft des Antichristen und seines falschen Propheten wird eine weltweite Erscheinung sein.

Es heißt im Wort Gottes:

"Die ganze Erde wunderte sich über das Tier, und sie beteten den Drachen an, weil er dem Tier Macht gab, und beteten das Tier an ... Und ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 3 ff.)

Die weltanschaulichen Grundlagen der Europäischen Union

Im VERTRAG ÜBER EINE VERFASSUNG FÜR EUROPA PRÄAMBEL heißt es:

"Schöpfend aus den kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas, deren Werte in seinem Erbe weiter lebendig sind und die zentrale Stellung des Menschen und die Unverletzlichkeit und Unveräußerlichkeit seiner Rechte sowie den Vorrang des Rechts in der Gesellschaft verankert haben ... (sind die Hohen Vertragsparteien nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen:)"

In Artikel 2 der EU-Charta werden "Die Werte der Union" beschrieben:

"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."

Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt.

An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont. Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und (Sach-)Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."

Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung (die in der Tat abzulehnen und zu ahnden ist) - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?

Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls (bisher) gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte.

Die Ziele der Homosexuellen-Bewegung

Janet L. Folger hat im Jahr 2005 in den USA ein bemerkenswertes Buch veröffentlicht mit dem Titel: "The Criminalization of Christianity". "Read this, before it becomes illegal!", ist der Untertitel. Zu Deutsch: "Die Kriminalisierung des Christentums". "Lesen Sie dieses Buch, bevor es illegal (ungesetzlich) wird!" Sie schreibt darin: "Das letztendliche Ziel der Homosexuellen-Bewegung ist die Kriminalisierung des Christentums." Auf Seite 82 und 83 veröffentlicht sie die weltweit propagierte Homosexuellen-Agenda, die bereits am 25. April 1993 bei einem "Gay Pride March" - das heißt zu Deutsch etwa "Schwulen-Stolz-Marsch" - in Washington D.C. ganz offiziell verabschiedet wurde. Darin heißt es:

"1. Alle Sodomiegesetze sollen aufgehoben und alle Formen von sexueller Ausdrucksweise, einschließlich Pädophilie (Kinderschändung; L. G.), legalisiert werden."

"2. Die Verteidigungshaushaltsgelder sollen umgewandelt werden, um Aidspatienten medizi-

nische Versorgung zu ermöglichen."

Das mag ja noch akzeptabel sein. Aber dann heißt es auch: "... um Geschlechtsumwandlungsoperationen vorzunehmen." Vor einiger Zeit hat sich z.B. in den USA eine methodistische "Pastorin" umwandeln lassen in einen "Pastor".

3. Die gleichgeschlechtliche Ehe und Adoption ... soll legalisiert werden.

4. Homosexuelle Erziehungsprogramme sollen auf allen Ebenen der Erziehung, einschließlich Grundschulen, eingeführt oder angeboten werden.

5. Verhütungs- und Abtreibungsdienste sollen verfügbar gemacht werden für alle Personen, unabhängig vom Alter (auch schon für minderjährige Mädchen; L. G.).

6. Steuerzahlermittel sollen eingesetzt werden für künstliche Besamung von Lesben und Bisexuellen.

7. Religiös begründete Äußerungen bezüglich Homosexualität sollen verboten werden.

8. Organisationen wie die Pfadfinder sollen dazu gebracht werden, homosexuelle Gruppenführer zu akzeptieren."

Wir wollen natürlich dem einzelnen homosexuell empfindenden Menschen seelsorgerlich helfen und beistehen, damit er zur biblischen Orientierung der Heterosexualität findet, die Gott uns schöpfungsgemäß geschenkt hat und wozu Er uns in Seinem Wort anweist. Ich sehe es allerdings als ein Zeichen der endzeitlichen Entwicklung an, daß der "Mensch der Sünde" sich immer mehr auf den Thron Gottes zu setzen versucht (2. Thessalonicher 2), auch in dieser Form. Und dazu gehört nicht nur dieses: Propagierung sexueller und anderer Unmoral, sondern gleichzeitig wird auch gesagt: Man muß die "Fundamentalisten" (dazu werden auch bibeltreue Christen gerechnet) mundtot machen bzw. "zähmen".

Dieser Begriff ("die Fundamentalisten zähmen") stammt von Robert Muller, der über 30 Jahre Vizesekretär der Vereinten Nationen gewesen ist. Robert Muller, ein Elsässer, arbeitet seit Langem an dem Projekt einer "Eine-Welt-Regierung" ("One World Government") und "Eine-Welt-Kirche" ("One World Church"). "Mein Traum", sagt er, "ist es, eine riesige Allianz zwischen allen Hauptreligionen dieser Welt und den Vereinten Nationen aufzubauen".

Muller ist ein typischer New-Age-Denker. Er arbeitet mit den Theosophen in der Blavatsky-schen und Besantschen Tradition zusammen an diesem Ziel. Er sagt weiter: "Aber da ist nur ein kleines Problem: das sind diese verdammten Christen ('damned Christians')." Und weiter: "Friede wird nur entstehen durch die ‚Zähmung‘ des Fundamentalismus." Er versteht darunter das Christentum, das an der Heiligen Schrift als wortwörtlich inspiriert (jedenfalls im Urtext) festhält.

Beispiele für eine beginnende Christenverfolgung in Europa

Harry Hammond, ein 67 jähriger Engländer, hielt vor einigen Jahren in einem englischen Park ein Schild hoch, darauf war zu lesen: "Stoppt Unmoral! Stoppt Homosexualität! Stoppt Lesbianismus!" Und was geschah?

Homosexuelle sahen das, telefonierten miteinander, und es kam eine ganze Gruppe, die ihn zuerst lächerlich machte und dann tätlich angriff und zu Boden schlug. Dann riefen sie sogar die Polizei selber herbei. Wen nahm die Polizei daraufhin fest? Diesen 67-jährigen älteren Bruder! Diesen klagten sie an und sagten, sein Schild sei ein illegales Zeichen, er habe damit die Leute provoziert, und das dürfe man heute nicht. So sind heute schon die Gesetze umgeändert!

In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, welches unter anderem für kritische Äußerungen über Homosexualität oder Homosexuelle eine Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren vorsieht.

Dies soll auch dann gelten, wenn sich derjenige, der sich kritisch zur Homosexualität äußert, auf Bibelstellen beruft, wie z.B. auf Römer 1, 26; 1. Korinther 6, 9 - 11 und andere. Die Bibel soll wohl noch zitiert werden dürfen, aber - und dies ist der springende Punkt - sie soll nicht

mehr als auch für unsere Zeit verbindliches Wort und Gebot Gottes ausgelegt und verkündigt werden. Sie soll also zum historischen Archiv herabgesetzt (oder soll man sagen: diskriminiert) werden. Hierin erkennen wir die Absicht des Teufels und des Antichristen, uns weg von Gott und Seinem Wort zu ziehen und die, welche an Gottes Wort festhalten, auszugrenzen und in Verfolgung zu stürzen.

Es gab in Schweden im Hinblick auf das oben erwähnte Gesetz einen Präzedenzfall (Musterfall): Der Pastor einer freikirchlichen Gemeinde namens "Ake Green" bezeichnete in einer Predigt Homosexualität und andere abnorme Neigungen als Sünde und als "Krebsgeschwulst am Körper unserer Gesellschaft". Außerdem sagte er, jeder der zu Jesus Christus umkehrt und seine Kraft in Anspruch nimmt, könne davon geheilt werden. Für diese Äußerungen wurde Ake Green angezeigt.

Der Rechtsstreit durchlief mehrere Instanzen. Der Pastor hat durch Gottes Gnade vor dem höchsten Gericht Schwedens in letzter Instanz gewonnen. Das Gericht entschied, daß seine Äußerung durch das Recht auf Religions- und Meinungsfreiheit gedeckt ist. Daraufhin wollen nun die liberalen (scheinliberalen) Parteien in Schweden das Antidiskriminierungsgesetz verschärfen. Bisher aber ist die Entscheidung des Gerichtes ein wichtiger Präzedenzfall, auf den wir uns in Europa eventuell berufen können.

Ein Fall aus neuester Zeit: Im Februar 2008 hat das Amtsgericht von Cardiff (Großbritannien) den anglikanischen Bischof von Hereford, Anthony Priddis, zu einer Geldstrafe von 47.345 Pfund (umgerechnet 63.540 Euro) verurteilt. Sein "Vergehen": Der Bischof hatte einem Homosexuellen die Anstellung als Jugendmitarbeiter verweigert, weil er gemäß der christlichen Sexualmoral handeln wollte, die allein die Ehe von Mann und Frau als Ort geschlechtlicher Gemeinschaft vorsieht. Zusätzlich zu dieser immensen Geldstrafe verurteilte das Gericht den Bischof und seine Mitarbeiter zur Teilnahme an einem "Gleichberechtigungs-Training" mit dem Ziel der Umerziehung!

Ähnliche Fälle nehmen inzwischen weltweit zu (z.B. auch in Südafrika, USA und Kanada; vgl. die Beispiele in meinem Buch "Diktatur Europa"). Besondere Schlagzeilen gab es in Deutschland im Frühjahr 2008 im Blick auf den Jugendkongreß Christival. Ein "Homo-Heilungs-Seminar", das dort ursprünglich angeboten war, wurde aufgrund finanzieller Abhängigkeit von der Bundesregierung und starken öffentlichen Drucks der Grünen und Homosexuellen-Verbände aus dem Programm genommen.

Die Europäische Verfassung und Gesetzgebung

Die deutsche Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte schon mehrfach gemeinsame Artikel des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog zusammen mit Lüder Gerken. Roman Herzog war von 1994 bis 1999 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und vorher, von 1987 bis 1994, Präsident des deutschen Bundesverfassungsgerichts. Er hat sogar bei der EU-Charta mitgewirkt, und zwar als Leiter derjenigen Kommission, die die EU-Charta entworfen hat! Und was sagt er heute?

Roman Herzog schreibt in der WELT AM SONNTAG vom 14.1.2007: "Die Europäische Union gefährdet die parlamentarische Demokratie in Deutschland."

Und weiter: "Die Menschen in Deutschland sind weiter, als mancher Politiker meint. Die meisten Menschen stehen der europäischen Integration im Grundsatz positiv gegenüber. Gleichzeitig aber beschleicht sie das immer mächtiger werdende Gefühl, daß da etwas nicht stimmt; daß eine intransparente, komplexe und verflochtene Mammut-Institution entstanden ist, die, losgelöst von Sachproblemen und nationalen Traditionen, immer weitere Regelungsbereiche und Kompetenzen an sich zieht." Er spricht in seinem Artikel immer wieder von der Zentralisierung aller Kompetenzen. Es wird alles immer mehr in einem Machtzentrum zusammengezogen, wie wir diesen Zentralismus in der Vergangenheit auch schon in verschiedenen Staaten erleben mußten.

Europarat verurteilt biblische Schöpfungslehre

Nun kommt ein weiterer klarer Beweis dafür, daß sich die Europäische Union insgesamt immer mehr in Richtung "Gesinnungsdiktatur" entwickelt. Die parlamentarische Versammlung des Europarats hat am 4. Oktober 2007 eine Resolution veröffentlicht unter der Überschrift: "Die Gefahren des Kreationismus in der Erziehung." Kreationismus (von lat. creatio = Erschaffung) ist die biblische Schöpfungslehre - also die Lehre, daß Gott die Welt in 6 Tagen so geschaffen hat, wie es Sein Wort sagt, und am 7. Tag ruhte. Wie wird in dieser Resolution formuliert?

Man höre genau hin, wie sich politische Gremien in weltanschauliche, glaubensmäßige Entscheidungen einmischen. Politiker bestimmen über das, was man in dem Zusammenhang auch in Schulen unterrichten darf. Es heißt wörtlich: "Wenn wir nicht aufpassen, könnte der Kreationismus eine Bedrohung für die Menschenrechte werden, die eine zentrale Angelegenheit des Europarates darstellen."

Wir sind also - wie in altrömischer Zeit - Feinde des Menschengeschlechts, wenn wir die Bibel noch ernst nehmen.

Und dann heißt es - jetzt wird es immer gravierender -: "Die Evolutionslehre zu verleugnen, kann ernsthafte Konsequenzen haben für die Entwicklung unserer Gesellschaften ... Der Krieg gegen die Evolutionstheorie und ihre Vertreter gründet sich meistens in Formen von religiösem Extremismus, der eng verbunden ist mit extremen rechtsradikalen politischen Bewegungen."

Jetzt sind wir als bibeltreue Christen in der Nazi-Ecke - und das, obwohl z.B. ich selber alles andere als ein Nazi bin. Ich habe z.B. die israelische Nationalhymne für Musikverlage ins Deutsche übersetzt und verschiedenes andere für Israel getan. Aber ich sage das als Beispiel dafür, wie schnell man in diese Ecke gedrängt wird.

Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche

Nicht nur politische Mächte fast jeder Couleur, sondern auch ökumenische Organisationen und die Römisch-Katholische Kirche spielen eine wichtige Rolle bei der Vereinigung Europas und der gesamten Menschheit. Dies hat sich etwa bei den bisher durchgeführten Stuttgarter Europatagen unter großer katholischer und ökumenischer Beteiligung (auch von Charismatikern und Evangelikalen!) gezeigt. Und doch mündet die religiöse Schiene beim Einigungsprozeß gemeinsam mit der politischen Schiene letztlich in Rom. Auffallenderweise wurde am 29. Oktober 2004 die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte:

"Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte 'Gott' oder 'Christentum' auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."

War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken? Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert:

"Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens."

Immer wieder hat Johannes Paul II. (Karol Wojtyła) seinen Willen zur europäischen und weltweiten Vereinigung unüberhörbar bekundet, so z.B. bei dem interreligiösen Friedensgabetreffen in Assisi im Oktober 1986 oder bei seiner Ansprache an die südwestdeutschen Bischöfe vom 21.12.1992. Dabei sagte er:

"Ich begrüße Eure Initiative, sich der umfassenden Herausforderung des europäischen Einigungsprozesses, gemeinsam mit den Katholiken in allen Ländern Europas, zu stellen. Dabei bin ich sicher, daß ihr wie bisher die Aufgaben in dem noch umfassenderen Einigungsprozeß

auf dem Weg zur einen Welt nicht aus den Augen verlieren werdet."

Ebenso äußerte sich Wojtylas Nachfolger im Papstamt, Benedikt XVI., bereits im Jahre 1995 (noch als Joseph Kardinal Ratzinger):

"Der Gedanke der Nation muß durch den europäischen Gedanken ergänzt und erweitert werden, der wiederum in die weltweite Verantwortung aller Kulturen füreinander in der einen Welt einzufügen ist."

Nach katholischer Vorstellung ist Maria die Herrin Europas. Hier sei erwähnt, daß Otto von Habsburg, ein überzeugter Katholik, jahrzehntelang sowohl der Paneuropa-Union als auch dem "Orden vom Goldenen Vlies" vorstand, der Maria geweiht ist. Papst Pius XII. hatte bereits am 24.12.1941 den Appell ausgegeben, "ein neues Europa und eine neue Welt aufzubauen". Immer wieder haben "Marienerscheinungen" - in Wirklichkeit "spiritistische Phantome" (E. M. Slade) - über ihre Medien dazu aufgerufen, Europa und die Welt zu vereinigen und diese "dem Herzen Marias zu weihen".

Obwohl manche denken, Papst Benedikt XVI. sei "reformatorischer" als seine Vorgänger, darf man sich doch über seine tiefreichende katholische Prägung und unbiblische Marienverehrung keine Illusionen machen. So versprach er z.B. den Teilnehmern des Weltjugendtages in Köln im August 2005 unter bestimmten Voraussetzungen einen Ablass (!) ihrer zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer. Und so hielt er wenige Tage vor diesem Kölner Großereignis in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo eine Ansprache anlässlich der "Himmelfahrt Marias", in der er ausführte:

"Wie Christus mit seinem verherrlichten Leib von den Toten auferstanden und in den Himmel aufgefahren ist, so wurde die ihm voll zugesellte Jungfrau mit ihrer ganzen Person in die himmlische Herrlichkeit aufgenommen ... Ich bitte die in den Himmel aufgenommene Jungfrau Maria um ihren Beistand für die jungen Teilnehmer des Weltjugendtages ... In und mit Gott ist sie jedem von uns nahe, kennt unsere Herzen, kann unsere Gebete hören, kann uns mit ihrer mütterlichen Freundlichkeit helfen und ist uns gegeben, wie der Herr sagte, als eine Mutter, zu der wir uns in jedem Augenblick wenden können. Sie hört uns immer zu, ist uns immer nahe und besitzt als Mutter des Sohnes Anteil an der Macht des Sohnes und seiner Gottheit."

Gott mehr gehorchen als den Menschen

In all diesen Entwicklungen wird der Vers in Apostelgeschichte 5, 29 wichtige Bedeutung erlangen: Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen. Zwar wollen wir nach Römer 13 gehorsame und treue Untertanen der Obrigkeit sein, aber die Bibel lehrt uns auch die Grenze dieses Gehorsams.

Wir sollen nicht einfach die Köpfe in den Sand stecken, sondern Widerstand leisten, so lange es noch möglich ist. Und wenn sie uns ins Gefängnis stecken, dann sollen wir auch dazu bereit sein.

Janet Folger ruft in ihrem Buch "The Criminalization of Christianity" dazu auf, solange es noch Zeit ist, Einfluß zu nehmen in den Schulen, in Gesetzgebungen, in Massenmedien, den Wissenschaften, auf musikalischem Gebiet, auch zusammenzuarbeiten, so weit es möglich ist, aber nicht um den Preis der Wahrheit. Ich bin nicht für eine große Koalition aller Konfessionen, wie es manche jetzt propagieren, aber für ein Zusammenstehen derer, die wirklich wiedergeboren sind durch den Geist Gottes, auch bei allen Unterschieden, die es in einzelnen Lehrfragen gibt.

Und vor allem: Wir sollten uns abwenden von einer Abwehrhaltung hin zu einer offensiveren Haltung. Janet Folger schreibt: "Immer wieder werden die Begriffe uns übergestülpt. Wir werden als engstirnig hingestellt, als intolerant, als vorgestrig, als gesetzlich, und die anderen präsentieren sich dar als fortschrittlich, als modern, als tolerant, als pluralistisch."

Nein, wir sollen ganz klar sagen, daß wir nur das Beste vertreten, daß wir die beste Botschaft haben für die Menschen, damit sie wirklich heil werden und auch ins Reine kommen mit Gott,

und damit auch ihr eigenes Leben wieder eine ganz neue Basis bekommt durch unseren Erlöser und HERRN Jesus Christus. Möge Gott der HERR uns dazu noch Zeit und Gnade schenken. Und möge uns der HERR Jesus Kraft schenken, wenn es einmal wieder auch für uns etwas kosten sollte, Christ zu sein.<<

2009

Die Wahrheit hat Füße und ist davongelaufen, die Lüge hat keine und ist geblieben.

Jüdisches Sprichwort

03.01.2009

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Januar 2009 (x887/...): >>**Bruch des Völkerrechts**

Luftkrieg gegen Deutschland

In jüngster Vergangenheit sind mit den Büchern des britischen Philosophen Anthony Clifford Grayling "Die toten Städte" und des deutschen Politikwissenschaftlers Lothar Fritze "Die Moral des Bombenterrors" zwei umfangreiche Werke zu der Frage erschienen, ob die alliierten Bombenangriffe während des Zweiten Weltkrieges Kriegsverbrechen waren oder wenigstens als moralisch verwerflich beurteilt werden müssen. Sie erfuhren aus den Federn von politisch-korrekten Rezensenten eine herbe Abfuhr, weil ihre juristische wie philosophische Sicht der Ereignisse "des praktischen Bezugs" entbehre.

Jetzt folgt von dem deutschen Juristen Björn Schumacher ein weiterer Band zu der Problematik: "Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg". Der Autor nimmt sich auch aktueller Themen an, wie der Frage, wie sich die Deutschen heute zu diesem ungeheuren Kriegsverbrechen, dessen Opfer sie wurden, verhalten und welche Konsequenzen sie aus dem ungesühnt gebliebenen Völkerrechtsbruch ziehen.

Die von Schumacher aufgeworfenen Fragen lassen erkennen, wie spannend seine Darstellung ist. Er fragt, ob man - wie es heute gern geschieht - die alliierten Massenmorde aus der Luft mit der angeblichen deutschen Kollektivschuld begründen kann. Waren der britische Premier Winston Churchill und der Chef des Bomber Command Arthur Harris Kriegsverbrecher im Sinne des Völkerstrafrechts?

Waren die Flächenbombardements, die das Ziel hatten, möglichst viele Zivilisten zu töten, ein Bruch des Völkerrechts? Und wenn ja, ergeben sich daraus Ansprüche auf Reparationsleistungen den Briten und US-Amerikanern gegenüber? Am Rande der zitaten- und quellenreichen Darstellung werden Fragen behandelt, die bisher in der öffentlichen Diskussion keine Rolle spielten, wie etwa die nach den von der Roten Armee 1945 in Dresden beschlagnahmten und in die Sowjetunion gebrachten Dokumente über die Folgen der Luftangriffe vom Februar 1945.

Anregend ist auch Schumachers Gedankenspiel, ein fiktives Kriegsverbrechertribunal wegen der Vernichtung Dresdens durchzuführen, bei dem der britische Regierungschef ebenso auf der Anklagebank gesessen hätte, wie die Führung der Royal Air Force.

Beschämend ist der Abschnitt, in dem der Autor schildert, wie man heute in Deutschland der bis zu 600.000 Luftkriegstoten gedenkt. Nicht selten wird dabei auf Erinnerungsmalen und in Reden von Offiziellen nicht den wirklichen Tätern die Schuld zugeschrieben; statt dessen beschuldigen sich die Deutschen selbst nach der Devise, daß es nur gute Alliierte und böse Deutsche gebe. ...

Björn Schumacher: "Die Zerstörung deutscher Städte im Luftkrieg – 'Morale bombing' im Visier von Völkerrecht, Moral und Erinnerungskultur", ... Graz 2008 ...<<

02.03.2009

USA: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. März 2009: >>**Nicholson Baker: "Menschenrauch" War Churchill schuld?**

Der Schriftsteller Nicholson Baker hat aus historischen Quellen ein Buch über den Beginn des Zweiten Weltkriegs zusammengestellt. Seine These: Der Mord an den Juden hätte verhindert werden können, wenn Amerikaner und Briten es gewollt hätten. Aber sie wollten vor allem den Krieg.

Ein Buch kann ein Beweisstück sein. Als der Sonderermittler Kenneth Starr immer verbissener nach Belegen für eine sexuelle Beziehung zwischen der Praktikantin Monica Lewinsky und dem amerikanischen Präsidenten Bill Clinton suchte, bemühte er sich, eine Verfügung gegen zwei Buchhandlungen zu erwirken. In einer dieser Buchhandlungen sollte Lewinsky angeblich dieses Buch gekauft haben, daß sie dem Präsidenten geschenkt haben sollte. "Dieses Buch" war Nicholson Bakers erster Roman "Vox", ein Buch, in dem zwei einander völlig Fremde am Telefon über Sex reden und schließlich auch Sex haben.

Das Buch, das von der Kritik bei seinem Erscheinen 1992 als ebenso poetisch wie realistisch gefeiert wurde, fand nun also, sieben Jahre später, auch Amerikas Chefermittler so realistisch und vor allem so erotisch, daß es ihm als wichtiger Beweis dienen sollte, um den Präsidenten seines Landes der Liebe und der Lüge zu überführen und ihn aus dem Amt zu treiben. Baker protestierte scharf gegen diesen Mißbrauch seines Buchs als Beweisstück in einem absurden Prozeß.

Die Geschichte mit Baker, dem amerikanischen Präsidenten und den Buchbeweisen fand Jahre später eine sonderbare Fortsetzung. Längst war in Gestalt von George W. Bush ein anderer Präsident im Amt, Nicholson Baker war mit dessen Politik nicht einverstanden, vor allem der Irakkrieg erfüllte ihn mit Zorn und Haß, und er schrieb einen Roman über einen, der so voller Zorn und Haß ist, daß er den Entschluß faßt, den Präsidenten zu ermorden. Und als Baker auch noch öffentlich zugab, daß die Gefühle seines fiktiven Präsidentenmörders im Grunde seine eigenen seien, da gab es nicht mehr viele, die ihn verteidigten, dafür aber sehr viele, die den Roman "Checkpoint" einen direkten Aufruf zum Mord nannten und für ein Verbot des Buches plädierten.

Was für ein erstaunliches Selbstbewußtsein!

Es muß ein sonderbares Gefühl für einen Schriftsteller sein, wenn er feststellt, daß seinen Büchern der Sturz und sogar die Ermordung von amerikanischen Präsidenten zugetraut wird. Das große Gefühl, daß man als Schriftsteller in die Geschichte eingreifen kann - eine Ahnung von Macht. Und vielleicht war das der Zeitpunkt, an dem der amerikanische Schriftsteller Nicholson Baker beschloß, einmal wirklich in die Geschichte einzugreifen und Geschichte, scheinbar für alle Zeiten felsenfest gefügte Geschichte, neu zu schreiben, anders zu schreiben. Ohne etwas neu zu finden oder gar hinzuzuerfinden. Einfach indem man sich die Quellen noch einmal ansieht, sie neu gewichtet, neu erzählt und neu gruppiert.

Und Nicholson Baker beschloß nicht weniger, als die Geschichte des Beginns des Zweiten Weltkriegs neu zu schreiben. Auch hierfür war der erste Impuls seine Wut über den Irakkrieg; und daß auch für diesen, wie für alle anderen Kriege seit 1945, der Zweite Weltkrieg als Rechtfertigung herhalten mußte. Der "gute Krieg" gegen Deutschland und Japan. Nicholson Baker bewegte die Frage: "Wie gut war dieser Krieg eigentlich?" und "Mußte er wirklich geführt werden?"

Am Anfang las er Zeitungen. Baker ist ein manischer Zeitungssammler, er sammelt Zeitungen des 19. und 20. Jahrhunderts in gigantischen Mengen, rettet sie aus Archiven und Bibliotheken vor dem Vergehen, konserviert sie, ruft immer wieder, zuletzt in einem 500-Seiten-Buch, zu ihrer Rettung und Bewahrung auf. "Ich habe dabei gelernt, wie man Zeitungen liest", hat er in einem Interview mit der "Süddeutschen Zeitung" gesagt, und "daß sich die Wahrheit im Offensichtlichen verbirgt." Es sei nicht wahr, "daß nur die Teilnehmer oder Opfer wissen, was wirklich geschah. Es war überraschend zu sehen, daß das nicht stimmt". Was für ein erstaunliches Selbstbewußtsein! "Die Wahrheit" und "Was wirklich geschah". Nicholson Baker geht es

wirklich um alles.

Gongschlag der Geschichte

Das Buch heißt "Menschenrauch - Wie der Zweite Weltkrieg begann und die Zivilisation endete", und es beginnt eher suchend, es beginnt mit einem Gespräch zwischen dem Sprengstoff-Fabrikanten Alfred Nobel und der Friedensaktivistin Bertha von Suttner. Sie kommt von einem Friedenskongreß, er belehrt sie:

"Meine Fabriken werden vielleicht dem Krieg noch früher ein Ende machen als Ihre Kongresse", sagt er. "An dem Tag, da zwei Armeekorps sich gegenseitig in einer Sekunde werden vernichten können, werden wohl alle zivilisierten Nationen zurückschauern und ihre Truppen verabschieden."

Zwischen diesen beiden Polen, zwischen dem unbedingten Pazifismus Bertha von Suttners und den Friedensbombenträumen Alfred Nobels bewegt sich das Buch. Zwischen der Logik des Krieges und der Logik der Friedfertigkeit. Nicholson Baker arrangiert die von ihm ausgewählten Quellen, er erzählt selbst, führt die handelnden Personen kurz ein und läßt sie dann oft in langen Zitaten selber sprechen. Es kommen Soldaten vor, Schriftsteller, Generäle, einfache Tagebuchschreiber, vor allem aber Hitler, Roosevelt, Churchill und - als Gegenspieler aus der Ferne - Mahatma Gandhi.

Im ersten Moment erinnert das Verfahren an Walter Kempowskis vieltausendseitiges "Echo-LOT"-Projekt über den Zweiten Weltkrieg. Doch schon auf den zweiten Blick sieht man: es ist ein Unterschied ums Ganze. Während Kempowski niemals selbst erzählend eingreift, immer nur die Quellen sprechen und oft gerade auch das Abseitige, Zufällige, Botschaftslose stehen läßt, ist bei Baker von der ersten Seite an klar, daß hier ein Arrangeur mit Wirkungswillen angetreten ist. Und einer, der sein Handwerk ungeheuer gut beherrscht.

Bakers Buch wirbelt einen in die Geschichte hinein, auf Nobel folgen Stefan Zweig und sein Staunen, als im Frühjahr 1914 in einem französischen Kino bei den "Neuigkeiten aus aller Welt" plötzlich der deutsche Kaiser auf der Leinwand erscheint und "die gutmütigen Leute von Tours" schreien, pfeifen und ganz außer sich geraten vor Empörung gegenüber dem feindlichen Monarchen auf der Leinwand. Und Zweig schauernd erkennt, wie leicht es sein wird, die beiden Völker für einen neuen Krieg gegeneinander zu begeistern. Dann folgt eine Churchill-Passage, in der er das Ziel der Seeblockade gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg erläutert; sie habe eindeutig darauf abgezielt, "die gesamte Bevölkerung durch Aushungern zur Unterwerfung zu zwingen".

In jeder dieser historischen Vignetten läßt Baker eine Zeitansage, eine Art Gongschlag der Geschichte ertönen: "Es war das Jahr 1914", schreibt er. Und als es kurz darauf schon zum 14. Januar 1918 schlägt, erfahren wir von der späteren Präsidentengattin Eleanor Roosevelt, warum sie eine Party-Einladung gerne ablehnen würde: "Ich muß auf diese Party bei den Harris' gehen, obwohl ich lieber am Galgen baumeln würde, als mich dort blicken zu lassen. Fast alles Juden."

Churchill ist nur brutal

Vom Antisemitismus Eleanor Roosevelts geht es locker weiter zu einem Zitat Winston Churchills, in dem er den Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte im Irak auffordert, "unbedingt mit den Gasbomben-Versuchen fortzufahren, vor allem mit Senfgas, um aufsässige Einheimische bestrafen zu können". Es sind sehr eindrucksvolle Zitate, die Baker da versammelt, der Antisemitismus Churchills und Roosevelts, der Haß und die Sehnsucht nach dem endgültigen, vernichtenden Schlag gegen Deutschland, die Churchill schon lange vor Hitlers Macht ergreifung bewegten.

Vor allem Churchill wird dem Leser als lachendes, trinkfreudiges, kriegslüsteres Monster vorgestellt, als Mann, der vor keinem Kriegsverbrechen zurückschreckt, sich geradezu nach Tod und Leid der deutschen Zivilbevölkerung sehnt, und dem nichts ferner liegen könnte, als

die Rettung der europäischen Juden. Nicht ein einziges lauterer Motiv wird dem britischen Premier in dem Buch zugestanden. Von Hitler erfährt man dagegen zunächst eher wenig. Der Erzähler Baker schätzt eher Göring mit seinen Pelzchen und bunten Uniformen. Die Deutschen, auch Hitler sind brutal und verrückt. Churchill ist nur brutal.

Sehr beeindruckend ist es, all die Weigerungen der amerikanischen und englischen Regierungen nach Erhöhung der Einwanderquote zu lesen. "Wir haben unsere Quotenregelung", erklärte Roosevelt nach dem 9. November 1938. Und Churchill betonte: "England ist kein Einwanderungsland." Baker setzt diese Zitate wirkungsvoll ein, um einem Krieg, der im Nachhinein vor allem mit der Rettung der europäischen Juden begründet wurde, in Zweifel zu ziehen. Die Juden hätte man leichter und unendlich weniger verlustreich retten können, so Bakers These.

"Genau deshalb halte ich ja den Mund"

"Menschenrauch" soll ein Friedensbuch sein. Es soll ein Buch sein, das der fatalen Logik der Geschichte, die im Blick zurück als die einzig mögliche erscheint, widerspricht. Bakers Mann des Widerspruchs ist vor allem Mahatma Gandhi. Er wird immer wieder zitiert und in seinem gewaltfreien Kampf beschrieben. Und die Maßnahmen der britischen Regierung gegen alle Formen des gewaltfreien Widerstands in Indien lesen sich ungeheuerlich. Aber viele Worte Gandhis, die er zur deutschen Lage sagt, wirken zynisch angesichts der späteren Geschichte, wenn er etwa den deutschen Juden zum gewaltlosen Widerstand rät. Und schließlich sagt auch ausgerechnet Gandhi jenen einen Satz, den man als Leser schon die ganze Zeit dem Autor als Intention unterstellt, weil er es geradezu darauf anzulegen scheint: "Hitlerismus und Churchillismus sind im Grunde dasselbe; sie unterscheiden sich nur graduell."

In der Mitte des Buches läßt Nicholson Baker zwei Pazifisten aufeinandertreffen. Die Schriftsteller Christopher Isherwood und Klaus Mann. Mann hat seinen Pazifismus angesichts des Weltgeschehens abgelegt; er wird in die amerikanische Armee als Soldat eintreten. Isherwood bleibt bei seinen Überzeugungen und schweigt. Mann ist empört und erklärt, Isherwoods Bekenntnis zum Pazifismus könne nur den Nazis und der Fünften Kolonne nützen. "Genau deshalb halte ich ja den Mund", entgegnet Isherwood.

Sind das die beiden Möglichkeiten? Den Pazifismus, angesichts einer Weltkatastrophe, entweder zu überwinden oder aber zu schweigen, um sich nicht auf der falschen Seite wiederzufinden? Pazifismus ist keine Ideologie, mittels der man die Welt der Vergangenheit neu erzählen kann. Es zu versuchen, ist heldenhaft; es muß bei einem Gegner wie Hitler wohl vergeblich bleiben.

Nicholson Baker hat versucht, die Geschichte umzudeuten und sein Buch selbst als Beweisstück einzusetzen. Es ist ihm nicht gelungen.<<

21.03.2009

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. März 2009 (x887/...): >>"Ausverkauf der Sprache"

... Eine bemerkenswerte Aktion hat die vom Verein für Sprachpflege herausgegebene Zeitschrift "Deutsche Sprachwelt" begonnen. Unter dem Motto "Schluß mit dem Ausverkauf der deutschen Sprache!" hat sie der massenhaften Verwendung des englischen Wortes "Sale" für (Schluß-)Verkauf und weiterer Anglizismen in der Werbung den Kampf angesagt. Mit Briefen, Flugblättern und Aufklebern werden Geschäftsleute dazu aufgefordert, eine kundenfreundliche Sprache zu verwenden.

Durch ihr Engagement für die Initiative "Sprachlicher Verbraucherschutz" setzt sich auch die CDU-Politikerin und BdV-Präsidentin Erika Steinbach für dieses Anliegen ein: "Wer erlebt hat, wie ein betagtes Frauchen ratlos vor einem Kaufhaus steht und das irritierte Murmeln mitbekommt 'Ist Sale nicht ein Fluß?', dem wird schlaglichtartig klar: Hier stimmt etwas nicht mehr im Lande."<<

02.05.2009

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 2. Mai 2009 (x887/...): >>"No English, please!"

Gründer des Sprachschutzvereins VDS fordert Rückbesinnung aufs Deutsche

Deutschlands bekanntester Sprachkritiker, der engagierte und schlagfertige Dortmunder Professor Walter Krämer, bringt seine Kritik an den Anglizismen in der deutschen Sprache auf den Punkt: "Englisch gilt heutzutage als Zeichen des Versagens."

Von Haus aus Professor für Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Technischen Universität Dortmund, bringt der Gründer des "Vereins Deutsche Sprache e.V." (VDS) seine Kritik an Englisch als Umgangssprache der von Geburt deutschsprachigen Manager auf den Punkt: "Wer", so fragt er "wollte heute in der weltweiten Finanzkrise noch die Sprache der Wallstreet sprechen, also jener Menschen, die das ganze Debakel verursacht haben?" Deshalb, so meint Krämer "paukten die Kommunikationsabteilungen der Unternehmen derzeit mit ihren englischen Patienten eine wichtige Lektion, nämlich: No English, please!"

Krämer, der vor einem Jahrzehnt den mit weit über 20.000 Mitgliedern stärksten deutschen Sprachschutzverein ins Leben rief, hat entscheidend dazu beigetragen, daß in letzter Zeit eine "Rückbesinnung auf die deutsche Sprache" erfolgt und das Hohelied auf den "Shareholder Value" und die "Global Players" im wirtschaftlichen Alltag verstummt.

Dabei kommt es Krämer in erster Linie nicht auf eine Ablehnung des Englischen an, die als weltweite Kommunikationssprache auch für ihn eine wichtige Rolle spielt und zu spielen hat, sondern darauf, den Deutschen einen selbstverständlichen Stolz auf die eigene Muttersprache als einer großen Kultursprache nahe zu bringen.

Sein Buch "Wir können alles, sogar besser - Wo Deutschland wirklich gut ist" ist zu einem Verkaufsschlager geworden. Von "Aal grün bis Wirtschaftswunder: Wo Deutschland wirklich gut ist" zeigt Krämer kurz und bündig in 161 kurzen Kapiteln auf, warum wir stolz auf unser Land sein können.

Das Buch ist ein aus Liebe bewußt leicht voreingenommenes Plädoyer für Deutschland, für die Menschen, die hier leben, und für ihre Lebensart. Anwälte der Gegenseite "gebe es schließlich mehr als genug", meint Krämer und lobt die Errungenschaften, für die wir im Ausland bewundert, um die wir belächelt oder beneidet werden: Angefangen von der "Allgemeinen Schulpflicht", eine Erfindung Martin Luthers, damit alle die Bibel lesen können, über Gartenzwerge und Gummibärchen, die es seit 1921 gibt, bis hin zu Waldorfschule und Wiedervereinigung.

Krämer sagt seinen Lesern, warum wir auf den Riesling bewußt stolz sein dürfen, was die Sozialversicherung so einzigartig macht und was es mit den "deutschen Tugenden" Pünktlichkeit, Sauberkeit und Ordnung auf sich hat. Nicht alle 161 Stichworte sind bierernst gemeint. Und doch glauben einer Umfrage unter 17.000 Menschen aus 35 Ländern zufolge 56 Prozent der Befragten, daß Deutschland einen "überwiegend positiven Einfluß" auf die Welt besitze. "Auf Deutschland stolz zu sein, muß ja nicht heißen, andere Länder schlecht zu machen", sagt Krämer. "Zwischen Nationalismus und Patriotismus gibt es zum Glück ganz große Unterschiede."

Walter Krämer: "Wir können alles, sogar besser - Wo Deutschland wirklich gut ist", ... München 2008 ...<<

09.05.2009

BRD: Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schreibt am 9. Mai 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Das Ende der politischen Korrektheit?

Im Anfang war das Wort. Schlag-Wort statt Schlag-Stock: "Politische Korrektheit". Wie der meiste Unsinn kam die aus Amerika. Political Correctness (PC).

Aus dem Arsenal einer der finstersten und geistfeindlichsten Epochen der amerikanischen Geschichte, der McCarthy-Ära, wanderte der Begriff im Lauf der Jahre in die Universitäten und Zeitungen der Ostküste. Nunmehr als Minderheitenschutz verkleidet, Schutz vor verbalen Kränkungen - etwa der Schwarzen, Juden, Latinos, Schwachsinnigen, Behinderten und: der Frauen, denn auch sie empfanden sich im Berufs- und Privatleben als diskriminiert.

Zur Abwehr dieser Diffamierung ersann man eine Reihe von harmlosen Beschwichtigungsgriffen, teils achtbar bemüht, bald zu geflügelten Witzen werdend. Doch bald etablierten die Wächter der Political Correctness einen Tugendterror, der sich mit dem der Jakobiner der Französischen Revolution durchaus messen konnte.

Der Tugendterror begann mit der Kontrolle der Sprache. Gewalttätige Änderung durch Umbenennung. Das ist nicht von der Französischen Revolution erfunden worden. Schon die Kirche im Mittelalter nannte ihre Hexenprozesse, Inquisition und Flammentod eine Wohltat für die armen Seelen der Sünder. Der "Ausschuß für öffentliche Wohlfahrt" der Französischen Revolution fällte Todesurteile am laufenden Band, die sofort mit der neuen Köpfungsmaschine, der Guillotine, vollstreckt wurden. Vorausgegangen war die Erfindung der "Göttin der Vernunft" anstelle des christlichen Gottes - eine Neuerung, die dem Wirren der Revolution nicht standhielt. Was standhielt, war die Idee, mörderische Praktiken oder Einrichtungen umzubenennen.

Alle Versuche, den Terror der Französischen Revolution zu vervollkommen, erfanden neue "Wohltaten" für die Menschheit, die mit überraschenden Namen bedacht wurden. Wer vermutet schon etwas Schlimmes hinter der Bezeichnung "Außerordentliche Kommission" der Sowjetunion (Tscheke)? Das Goebbelssche "Ministerium für Volksaufklärung" (und "Propaganda") diene in Wahrheit der Volksverdummung.

Die Erben der Jakobiner brachten es bei der Veränderung der Wirklichkeit durch Worte zu einer bisher nicht erreichten Meisterschaft.

Neu war die offen zynische Bezeichnung einer menschenfeindlichen und oft sogar tödlichen Einrichtung durch ihr genaues Gegenteil: "Umerziehungslager" nannten die Nationalsozialisten die ersten KZ. "Erzieher" hießen bis 1989 die Vollzugsbeamten im DDR-Knast. "Psychiatrische Anstalten" nannte man in der Sowjetunion Häuser, in denen politische Gegner mit Drogen und Elektroschocks physisch und psychisch zerstört wurden. "Umsiedlung" hieß die Verschleppung und Vernichtung von zehn Millionen russischer Bauern, "Umsiedlung" die Ermordung von Millionen Juden durch Arbeitslager, Unterernährung, Seuchen und schließlich Erschießungskommandos und Gas.

Alle Massenmorde und Greuel der Kommunisten und Nationalsozialisten wurden durch Korrekturen in der Sprache vorbereitet. Tiervergleiche dienten zur Herabsetzung der Tötungshemmung gegenüber dem Gegner. Lenin und Sinowjew bezeichneten die "Weißen" grundsätzlich als "Geschmeiß". Tiervergleiche kennzeichneten auch die Nachkriegszeit und die Zeit des Kalten Krieges. "Pinscher" nannte Bundeskanzler Erhard die Schriftsteller der Gruppe 47 um Heinrich Böll. Die gedankenlos beiläufig verwendeten Wörter der 68er für Polizisten - "Schweine" und "Bullen" - bereiteten den Satz "Auf Bullen kann geschossen werden!" vor.

Endziel aller revolutionären Terroristen ist im Grunde der gleichgeschaltete, gelenkte, "korrekte" Mensch, von dem schon Platon geträumt hatte. Oder, wie Mao im "Kleinen Roten Buch" gefordert hatte, Menschen mit "korrekten Ideen". Pol Pot brachte einfach ein Drittel seiner Bevölkerung um, um endlich Ordnung in den Köpfen zu schaffen. Doch die atemberaubenden Albträume von Stalin, Mao und Pol Pot sind Vergangenheit. Die Gedankenpolizei überlebte im Westen. Dort entstand jenes engmaschige Blockwartssystem, das lange Jahre in unseren Zeitungen, Verlagen, Funk- und Fernsehanstalten herumspukete.

PC wurde zum Symbol für seine Etablierung an den Universitäten, in Behörden und bei den Massenmedien. Das hatte Erfolg. 1998 siegten die 68er mit Rot-Grün. Doch das Mißtrauen

gegen die Untertanen blieb, der Zorn aus der Kampfzeit von 68 gegen alle Andersdenkenden, die kaum verhüllte Wut über das schwererziehbare Volk an den Stammtischen. So mußte die schon in der Mottenkiste gelandete "Faschismuskeule" wieder hervorgeholt werden.

Nach dem vergeblichen Kampf gegen die Volkszählung, die Tropenhölzer, den "machtvollen Demonstrationen gegen die Nachrüstung", mit denen man nur die letzten Lebensstunden des maroden Breschnew-Regimes verlängert hatte, nach Tschernobyl und dem Sozialabbau fand man etwas, was man selbst vergessen geglaubt hatte: den Terror von rechts, die Neonazis, die neuen Rechten und ihre "Stichwortgeber", die Intellektuellen, die schon von Goebbels "geistige Brandstifter" genannt worden waren. Es läuft stets nach dem gleichen Muster ab: Zuerst die Intoleranz, dann der Haß gegen die Andersdenkenden, schließlich der Terror.

Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stichwortgeber" verteidigt werden sollte, war nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Universitäten und Schulen, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.

Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD, - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftat, fühlte sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter in ihrer Alleinherrschaft bedroht.

Und dann kam die Krise. Eine Chance für die Linken? Zuerst versuchte man es auch da noch mit sprachlicher Verkleinerung und Verkleisterung: "Engpässe", "Zahlungsschwierigkeiten", "Liquiditätsprobleme". Doch inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Leute ganz einfach pleite waren. Aus der "Finanzklemme von Lehman Brothers" wurde eine globale Wirtschaftskrise. Hatte Karl Marx, der alte Hütchenspieler, vielleicht doch recht gehabt mit seiner Voraussage, daß der Kapitalismus eine große Krise produzieren und schließlich selber die Produktionsmittel (die Fabriken und die Banken) verstaatlichen müßte? Was nun? Setzt Merkel Marx in die Tat um? Die Krise - Chance der Totalitären? Da haben wir alle noch ein Wörtchen mitzureden.

Fest steht jetzt schon die "Politische Korrektheit" ist out. Die Nebelschwaden lichten sich. "Freisetzungen" von Arbeitern heißen wieder Entlassungen. "Liquiditätsengpässe" wieder Schulden oder gar Pleite. Auch der Landesverband NRW der Linken hat schon begonnen, Klartext zu reden. Soziale Unruhen ruft die Linke, Beseitigung des Kapitalismus, Gefahr von sozialen Unruhen echot die Linke in der SPD, warnt der DGB am 1. Mai. Auch der Generalkonsul der Türkei in Düsseldorf legt die falsche Scham ab und beschimpft die Deutschen in deren Land er zu Gast ist, pauschal als Nazis, die alle Türken am liebsten eine Tätowierung mit der Aufschrift "T" aufdrücken wollten.

Doch die Krise ist auch unsere Chance. Legen auch wir die falsche Scham ab und nennen Unruhestiftung und Volksverhetzung nicht länger Meinungsäußerungen und Ausrutscher, sondern Anschläge auf den sozialen Frieden und die Demokratie.<<

23.05.2009

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 23. Mai 2009 (x887/...): >>>Geschichtsvergessenes Land

Was bei den Gedenkreden dieser Tage aus dem Blickfeld geraten ist

Seit Tagen läuft der dreifache Gedenkmarathon "60 Jahre Bundesrepublik, 60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre Wiedervereinigung". In Zeiten der Krise werden zu Recht die guten Erfahrungen des Wiederaufbaus beschworen. Anderes gerät völlig aus dem Blickfeld oder wird sogar verdreht.

Keine Scherzfrage: Wie alt ist die Bundesrepublik Deutschland? 60 Jahre oder knapp 142?

Die richtige Antwort: Da mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 kein Staat gegründet wurde, sondern sich nur das Deutsche Reich, das im Jahre 1945 besiegt worden war, aber nicht untergegangen ist, in einem Teil seines Staatsgebietes eine neue verfassungsmäßige Ordnung gegeben hat, ist die Bundesrepublik Deutschland um einiges älter als das Grundgesetz.

Diese Sichtweise ist weit mehr als das Steckenpferd einiger historisch interessierter Menschen, sondern staats- und völkerrechtlich ein klarer Fall. In rund einem Dutzend Urteilen hat das Bundesverfassungsgericht in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen immer wieder bekräftigt, daß die Bundesrepublik eben nicht "Rechtsnachfolgerin" des Deutschen Reiches, sondern mit diesem als Rechtspersönlichkeit und Völkerrechtssubjekt identisch ist.

Aus staatsrechtlicher Sicht steht fest: Der am 18. August 1866 zunächst als Militärbündnis unter preußischer Führung gegründete Norddeutsche Bund, aus dem am 1. Juli 1867 der gleichnamige Staat hervorging, ist die juristische Person, die ab 1871 "Deutsches Reich" hieß und seit 1949 "Bundesrepublik Deutschland" heißt. Den Norddeutschen Bund und Preußen muß man nicht mögen, und politisch mag aus dem erwähnten Faktum wenig folgen, doch für das Selbstverständnis eines Staates kann es nicht belanglos sein, wann er gegründet wurde. Noch eindeutiger relevant ist, wenn die politische Klasse eines Landes sich in keiner Weise dafür interessiert, wann und unter welchem Namen der von ihr geführte Staat überhaupt entstanden ist.

Wer aber die Gedenkreden dieser Tage und das Informationsangebot amtlicher Stellen abklopft, schüttelt den Kopf über die Geschichtsvergessenheit des bevölkerungsreichsten Landes in Europa nach Rußland, die an Amnesie zu grenzen scheint.

Eine direkte Folge davon ist, daß zunehmend alles Positive der deutschen Geschichte auf die Jahre nach 1949 verlagert wird. Die politischen und moralischen Einbrüche nach diesem Datum – insbesondere seit 1969 – werden dabei ebenso ausgeblendet wie Leistungen und Verdienste davor.

Nicht einmal die Redenschreiber der Bundeskanzlerin sind historisch halbwegs sattelfest. So verblüffte Frau Merkel vor wenigen Tagen am Ort der Varusschlacht mit der ahnungslosen Frage, warum eigentlich bei den Germanen nach der für sie siegreichen Schlacht im Jahre 9 "keine Ruhe einkehrte, warum sie weiterhin permanent Krieg führten" ...<<

27.06.2009

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 27. Juni 2009 (x887/...): >>Waffenstillstand für 20 Jahre

Vor 90 Jahren wurde der Vertrag von Versailles unterzeichnet

Gerne wird alles Unrecht und Unglück auf die "Machtergreifung" von 1933 in Deutschland zurückgeführt. Dabei wird die Bedeutung des Ersten Weltkrieges einschließlich der durch ihn in Versailles geschaffenen Friedensordnung geflissentlich übersehen.

"Ohne Versailles kein Hitler." Diese Kritik Martin Walsers an das den Ersten Weltkrieg beendende Friedensdiktat ist hart, aber gerecht. Geradezu prophetisch kritisierte der französische Marschall Ferdinand Foch nach dem Ersten Weltkrieg, Versailles sei weniger ein Frieden als ein "Waffenstillstand für 20 Jahre". Nicht zu widersprechen ist auch dem ebenfalls aus Frankreich stammenden Historiker Jacques Bainville, wenn er den den Deutschen in Versailles diktierten Frieden als "zu hart für einen milden Frieden" bezeichnete.

Andererseits hatte Bainville - aus machtpolitischer Sicht - auch Recht mit der Feststellung, daß Versailles "für einen Frieden der Härte zu weich" gewesen sei. Inwieweit der Vertrag von Versailles noch zu "weich" gewesen sein könnte, zeigt ein Vergleich mit der Behandlung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg: Den Deutschen verblieben 1919 immerhin Souveränität und staatliche Einheit.

Der Versailler Frieden war zu hart, als daß die Deutschen ihn als gerecht hätten akzeptieren

können, aber er war zu weich, um sie längerfristig von einem Versuch der Revision abhalten zu können. Bis 1939 gelangen dabei beachtliche Teilerfolge. In diesem Zusammenhang wird den Siegermächten zu Recht vorgeworfen, dem Dritten Reich zu weit entgegengekommen zu sein. Dabei lag der fatale Fehler der westeuropäischen Großmächte nicht darin, Forderungen, die aus dem Recht der Deutschen auf Gleichberechtigung und Selbstbestimmung resultierten, entgegengekommen zu sein, sondern darin, dies erst Hitler gegenüber und nicht schon zur Zeit der Weimarer Demokratie getan zu haben.

Damit diskreditierten sie Deutschlands demokratische Politiker, die aus Sympathie für das politische System des Westens die Westmächte durch eine Politik größtmöglicher Erfüllung der maßlosen Bedingungen von Versailles kulant stimmen wollten.

In diesem Zusammenhang sind aber auch die deutschen Politiker der Weimarer Koalition nicht frei von Verantwortung für das Scheitern der Demokratie. Durch eine zu starke Fixierung auf die Erfüllungspolitik trieben sie deren Gegner in die Hände der nicht am Westen orientierten extremen Parteien - übrigens auch der Kommunisten.

Wenn bundesrepublikanische Geschichtspolitiker wie Hans Mommsen den kausalen Zusammenhang zwischen dem von den ehemaligen Besatzungsmächten und heutigen Freunden der Bundesrepublik verfaßten Versailler Vertrag und der "Machtergreifung" auch bestreiten, so ist doch immerhin der Zusammenhang zwischen Weltwirtschaftskrise und dem Ende Weimars Konsens. Diese Krise ging von den Vereinigten Staaten von Amerika aus und traf vor allem deshalb Deutschland so schwer, weil US-Gläubiger ihre meist kurzfristigen Kredite schlagartig kündigten und Unsummen aus der deutschen Wirtschaft herauszogen.

Hauptgrund dieser Kredite wiederum war aber der gravierende Kapitalmangel in Deutschland infolge der immensen Reparationsverpflichtungen (und auch Exportbehinderungen) durch den Versailler Vertrag. Und da schließt sich der Kreis. Der kausale Zusammenhang zwischen Versailles und Hitler ist zwar eben leugbar, aber nicht wegzudiskutieren.

Zeitzeugen

Woodrow Wilson - Der US-amerikanische Präsident von 1913 bis 1921 hatte einen Verständigungsfrieden auf Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker vorgeschlagen. Um die deutschfeindlicheren europäischen Verbündeten der USA für seine Idee vom Völkerbund, die Vorgängerorganisation der Vereinten Nationen, zu gewinnen, fand er sich jedoch zu weitgehenden Abstrichen von seinem auf Ausgleich abzielenden Friedenskonzept bereit.

Georges Clemenceau - Der deutschfeindliche Ministerpräsident Frankreichs von 1906 bis 1909 sowie von 1917 bis 1920 prägte das Versailler Diktat wie kein anderer. Sein primäres Ziel bei den alliierten Vertragsverhandlungen war es, Deutschland maximal zu schwächen und zu schädigen.

Philipp Scheidemann - Der deutsche Ministerpräsident der Gründungsphase der Weimarer Republik deckte die Weigerung seines Außenministers Brockdorff-Rantzau, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen. Von dem Sozialdemokraten stammt das berühmte Wort: "Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in solche Fesseln legt? Der Vertrag ist unannehmbar."<<

David Lloyd George - Der britische Premier von 1916 bis 1922 teilte nicht den fanatischen Haß seines französischen Amtskollegen auf Deutschland. Seine Ziele beschränkten sich darauf, den Verlierer als Konkurrenten auf den Weltmärkten "zusammenzustutzen" und möglichst viel Geld aus dem Land zu ziehen, ohne es aber in die Arme des Sowjetstaates zu treiben. Später vertrat er statt des Versailler Kriegsschuldartikels die These, daß Europa in den Ersten Weltkrieg hineingeschlittert sei.

Martin Walser - Der 1927 geborene Schriftsteller ist immer wieder für einen Tabubruch gut. Auf Einladung des Bundeskanzlers hielt er am 8. Mai 2002 in Berlin eine Rede, in der er den kausalen Zusammenhang zwischen Versailles und Hitler ansprach - was früher noch als "Bin-

senweisheit" gegolten hätte, erfordert heute Mut. Er stellte damit auch die verbreitete Sichtweise von der deutschen Alleinschuld an der NS-Herrschaft in Frage.<<